

Kleine Anfrage

des Abg. Karl Rombach CDU

und

Antwort

des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur

Auswirkungen der Änderungen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) im Wahlkreis 54

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen wurden im Bereich des Kommunalen Straßenbaus (KStB) und im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im Wahlkreis 54 vor dem 31. Dezember 2013 beantragt, welche wurden in das Förderprogramm 2011 bis 2015 aufgenommen, welche wurden nachrichtlich aufgenommen und welche wurden bewilligt (in Form eines Zuwendungsbescheids) bzw. für welche Maßnahmen liegt noch kein Zuwendungsbescheid vor?
2. Welche Maßnahmen sind im Wahlkreis 54 von den Änderungen der Fördermodalitäten des LGVFG insgesamt betroffen (getrennt nach Förderbereich ÖPNV und KStB)?
3. Welche in das Förderprogramm 2011 bis 2015 aufgenommenen bzw. nachrichtlich aufgeführten verkehrswichtigen zwischenörtlichen Straßen gemäß § 2 Nr. 1 d LGVFG im Wahlkreis 54 (Gemeindeverbindungs- und Kreisstraßen) sind nach Punkt 3.1.3 der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur zur Durchführung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes für den Kommunalen Straßenbau (VwV-LGVFG KStB) aufgrund des Nichterreichens der geforderten Verkehrsstärke (DTV in Kfz/24 h) nicht mehr förderfähig?
4. Welche Maßnahmen im Wahlkreis 54 können durch die generelle Absenkung der Förderquote auf 50 Prozent nicht mehr von den Kommunen finanziert werden (getrennt nach ÖPNV und KStB)?

5. In welcher Höhe (absolut und prozentual) werden insbesondere folgende Maßnahmen vom Land nach dem LGVFG gefördert:
- Ausbau der Kreisstraße (K) 5708 zwischen der K 5709 und Villingen-Schwenningen Weilersbach,
 - Verlegung Radweg Ortseingang Marbach entlang der K 5734 und
 - Radweg Hüfingen-Mundelfingen nach Döggingen?

18.02.2014

Rombach CDU

Begründung

Diese Kleine Anfrage bezweckt die Abfrage der Auswirkungen der Änderungen im Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) auf Infrastrukturmaßnahmen im Wahlkreis 54.

Antwort*)

Mit Schreiben vom 14. April 2014 Nr. 2-3932/253 beantwortet das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

Die Föderalismuskommission II hat das Auslaufen der Mittel aus dem GVFG und Entflechtungsgesetz bis Ende 2019 beschlossen. Bis Mitte 2013 hatte der Bund zusätzlich noch ein vorzeitiges Abschmelzen der jährlichen Zuweisungen verfolgt.

Vor diesem Hintergrund leidet die Förderung des kommunalen Straßenbaus nach dem LGVFG seit vielen Jahren unter einer hohen Vorbelastung der verfügbaren Finanzmittel durch eine große Menge an Mittelbewilligungen. Diese Problematik der hohen Mittelbindung und der fehlenden Finanzierungssicherheit hatte der Rechnungshof auch in der Denkschrift 2010 beklagt. Das Programmvolumen betrug Ende 2011 noch ca. 440 Mio. Euro. Durch einen weitgehenden Bewilligungsstopp in den Jahren 2012 und 2013 und eine verstärkte Abrechnung konnten die Maßnahmen bis Ende 2013 auf 465 und das Programmvolumen auf ca. 340 Mio. Euro (inklusive Kostensteigerungen) reduziert werden. Davon sind derzeit ca. 260 Mio. Euro rechtlich gebunden. Durch diese immer noch große Vorbelastung des Programms stehen bis zum Auslaufen der Mittel im Jahr 2019 nach derzeitigem Stand lediglich noch insgesamt 140 Mio. Euro rechtlich nicht gebundene Mittel für neue Bewilligungen zur Verfügung. Dieses Volumen reduziert sich durch die für 2014 vorgesehenen Bewilligungen weiter.

Auch im Bereich ÖPNV ist das Restmittelvolumen bis 2019 schon zu großen Teilen durch bereits im Bau befindliche oder bewilligte Vorhaben gebunden, sodass die Gestaltungsmöglichkeiten bei Neuvorhaben eingeschränkt sind. Gleichzeitig übersteigt die Anzahl der vorliegenden Förderanträge bei weitem das Finanzvolumen, das bis 2019 noch zur Verfügung steht.

*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

Um den beschriebenen erheblichen Problemen zumindest für die ab 2014 zu bewilligenden Projekte zu begegnen, hat die Landesregierung zwischenzeitlich mit der zum 1. Januar 2014 in Kraft getretenen Änderung der Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des LGVFG für den Kommunalen Straßenbau (VwV LGVFG-KStB) reagiert. Die Vorschrift wird bis zu einer Neufassung der VwV LGVFG-ÖPNV für den Bereich des ÖPNV analog angewendet. Künftig müssen die Vorhaben innerhalb einer festgelegten Frist abgerechnet werden; zur Verfahrensbeschleunigung und -vereinfachung wurde insbesondere eine Festbetragsfinanzierung eingeführt und Nachbewilligungen ausgeschlossen. Zum anderen ist es erforderlich, das geringe restliche Fördervolumen in den nächsten Jahren auf die wichtigsten kommunalen Projekte zu konzentrieren. Daneben war eine Reduzierung des Fördersatzes in der neuen VwV LGVFG-KStB notwendig, um angesichts der hohen Zahl an Förderanträgen überhaupt noch eine adäquate Anzahl von kommunalen Projekten fördern zu können.

1. Welche Maßnahmen wurden im Bereich des Kommunalen Straßenbaus (KStB) und im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im Wahlkreis 54 vor dem 31. Dezember 2013 beantragt, welche wurden in das Förderprogramm 2011 bis 2015 aufgenommen, welche wurden nachrichtlich aufgenommen und welche wurden bewilligt (in Form eines Zuwendungsbescheides) bzw. für welche Maßnahmen liegt noch kein Zuwendungsbescheid vor?

Kommunaler Straßenbau (KStB)

Ein Vorhaben, das gefördert werden soll, ist zuvor in das Programm nach § 5 LGVFG aufzunehmen.

Die Anfrage hebt auf das LGVFG-Programm 2011 bis 2015 ab. Entsprechend beschränkt sich die Antwort auf dieses Programm. Eine Erhebung über die weiteren Vorjahre wäre zudem mit erheblichem Aufwand verbunden und würde nur eine unzureichende Datenlage liefern, da Maßnahmen im Rahmen der Programmaufstellungen ggf. zurückgesandt oder nachbeantragt werden.

Auf die beigelegte Tabelle „Maßnahmen KStB“ wird verwiesen (*Anlage 1*).

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Grundsätzlich unterscheidet sich das Förderverfahren im Bereich ÖPNV von demjenigen im Bereich KStB. Die Aufnahme einer vom Vorhabenträger angemeldeten Maßnahme ins Förderprogramm des Landes erfolgt zunächst nachrichtlich. Erst nach Eingang und fachtechnischer Prüfung der Antragsunterlagen wird eine verbindliche Förderzusage von der zuständigen Bewilligungsbehörde (Regierungspräsidien bzw. Ministerium) durch förmlichen Bewilligungsbescheid erteilt.

Auf die beigelegte Tabelle „Maßnahmen ÖPNV“ wird verwiesen (*Anlage 2*).

2. Welche Maßnahmen sind im Wahlkreis 54 von den Änderungen der Fördermodalitäten des LGVFG insgesamt betroffen (getrennt nach ÖPNV und KStB)?

Kommunaler Straßenbau (KStB)

Im kommunalen Straßenbau ist die VwV-LGVFG KStB auf alle Vorhaben anzuwenden, die nach dem 1. Januar 2014 erstmalig bewilligt werden. Entsprechend der Übergangsregelung kann bei bereits im Förderprogramm des KStB enthaltenen Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen nach §§ 3, 13 EKRg, mit deren Bau bis zum 30. Juni 2015 begonnen wird, weiterhin ein Fördersatz – als Festbetragsfinanzierung – bis zu 75 % gewährt werden.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Grundsätzlich gelten für alle bereits vor dem 1. Oktober 2013 begonnenen Vorhaben („Altvorhaben“) im Bereich ÖPNV die zum Zeitpunkt der Bewilligung gültigen Regelungen weiter.

Darüber hinaus gilt folgende Übergangsregelung: für Vorhaben, bei denen bis zum 1. Oktober 2013 ein vollständiger und prüffähiger Förderantrag eingereicht wurde und der Baubeginn für wesentliche Bauteile bis zum 31. März 2014 erfolgt, werden ebenfalls die bisher geltenden Regelungen angewandt.

Für alle Vorhaben, die nicht unter die vorgenannten Regelungen fallen, gelten die neuen Fördermodalitäten. Härtefallregelungen zur Anwendung eines erhöhten Fördersatzes kommen nur in eng begrenzten Fällen in Betracht.

3. Welche in das Förderprogramm 2011 bis 2015 aufgenommenen bzw. nachrichtlich aufgeführten verkehrswichtigen zwischenörtlichen Straßen gemäß § 2 Nr. 1 d LGVFG im Wahlkreis 54 (Gemeindeverbindungs- und Kreisstraßen) sind nach Punkt 3.1.3 der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur zur Durchführung des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes für den Kommunalen Straßenbau (VwV-LGVFG KStB) aufgrund des Nichterreichens der geforderten Verkehrsstärke (DTV in Kfz/24 h) nicht mehr förderfähig?

Eine Förderung von verkehrswichtigen zwischenörtlichen Straßen war nach dem GVFG und der Verwaltungsvorschrift nach dem Entflechtungsgesetz bis Ende 2010 nur in zurückgebliebenen Gebieten nach § 2 Abs. 1 Nr. 3 des Raumordnungsgesetzes möglich. Erst mit dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) wurde ab 2011 auf diese Einschränkung verzichtet.

Nach der seit 1. Januar 2014 geltenden Regelung wird diesem erweiterten Förderatbestand nach Nr. 3.1.3 der Verwaltungsvorschrift (VwV) zum LGVFG eine bestimmte Verkehrsstärke zugrunde gelegt; es handelt sich dabei jedoch lediglich um eine „soll“-Vorschrift. Die bisherigen Förderatbestände Nr. 3.1.1 „Verkehrswichtige innerörtliche Straßen“ sowie Nr. 3.1.2 „Verkehrswichtige Zubringerstraßen zum überörtlichen Verkehr“ bleiben unverändert; das Kriterium der Verkehrsstärke bezieht sich lediglich auf die Nr. 3.1.3 der VwV-LGVFG.

Nach jetzigem Kenntnisstand fällt eine der unter Ziff. 1 genannten Straßenbaumaßnahmen aus dem Förderprogramm des KStB unter die Regelungen der Ziffer 3.1.3 der neuen VwV-LGVFG KStB:

– K 5708, Ausbau zwischen der K 5709 und VS-Weilersbach.

4. Welche Maßnahmen können im Wahlkreis 54 durch die generelle Absenkung der Förderquote auf 50 Prozent nicht mehr von den Kommunen finanziert werden (getrennt nach ÖPNV und KStB)?

Grundsätzlich obliegt die Antragstellung für Vorhaben im Bereich des KStB und ÖPNV den Gebietskörperschaften bzw. Verkehrsunternehmen in eigener Verantwortung. Eine Einbindung oder Vorabinformation des Landes erfolgt dabei in der Regel nicht. Kenntnisse über Vorhaben, die aufgrund der Absenkung der Förderquote möglicherweise nicht beantragt oder nicht realisiert werden, liegen dem Land daher nicht vor.

5. In welcher Höhe (absolut und prozentual) werden insbesondere folgende Maßnahmen vom Land nach dem LGVFG gefördert:

- a) Ausbau der Kreisstraße (K) 5708 zwischen der K 5709 und Villingen-Schwenningen Weilersbach,
- b) Verlegung Radweg Ortseingang Marbach entlang der K 5734 und
- c) Radweg Hüfingen-Mundelfingen nach Döggingen?

Die Förderhöhen der Maßnahmen sind in der beigefügten Tabelle (Anlage 1) dargestellt.

Dr. Splett

Staatssekretärin

Anlage 1

Drucksache 15/4823
LGVFG-Förderprogramm 2011 - 2015
Wahlkreis 54

Zu Ziffer 1:
Maßnahmen KStB zum Programm 2011-2015,
die vom 01.01.2011 bis 31.12.2013 beantragt, ins (nachrichtliche) Programm aufgenommen bzw. bewilligt wurden

Maßnahme	Antrag auf Aufnahme in das		Aufnahme in das		Bewilligung		Gesamtkosten zuwendungs-fähige Kosten in Euro	Zuwendungen in Euro	Zuwendungen prozentual	Bemerkung
	Programm	nachrichtliche Programm	Programm	nachrichtliche Programm	Antrag auf Bewilligung gestellt	Bewilligung erteilt				
Ausbau der Hauptstraße (K 5747) / Friedhofstraße / Voglgasse in Blumberg						x	964.800	606.200	62,8	
L 175 - Ausbau der Bahnhofstraße (L 175) und Bärenplatz zum KVP	x		x			x	1.736.700	1.124.700	64,8	
Oberstaße in Gremelsbach						x	2.020.000	1.335.200	66,1	
Westenfehr Villingen Abschnitt 1: Am Krebsgraben - Goldenbühlstraße	x		x			x	3.197.000	1.989.000	62,2	
Ausbau der Hauptstraße (K 5747) / Friedhofstraße / Voglgasse in Blumberg						x	431.400	187.600	43,5	
Neubau eines Geh- und Radweges zwischen Weiler und Marzell im Zuge der K 5721 un K 5719						x	211.064	42.945	20,3	
1. BA - Ausbau der K 5717 zwischen der L 178 bei Oberschach und der K 5718 bei Schabenhäusen						x	2.362.000	1.494.000	63,3	
2. BA - Ausbau der Ortsdurchfahrt Niderschbach/Schabenhäusen in Zuge der K 5717 und K 5718	x		x							
Brückenerneuerung der Gemeindestraße zw. Bräunlingen und Löffingen - Anteil Stadt Bräunlingen	x			x			300.000	150.000	50	
K 5708 - Ausbau zwischen der K 5709 und VS-Weilersbach mit Radweg	x			x			1.280.000	640.000	50	

Anlage 2

Drucksache 15/4823
LGVFG-Förderprogramm 2011 bis 2015
Wahlkreis 54

Zu Ziffer 1:
Maßnahmen ÖPNV zum Programm 2011 bis 2015,
die vom 01.01.2011 bis 31.12.2013 beantragt, ins (nachrichtliche) Programm aufgenommen bzw. bewilligt wurden

Maßnahme	Antrag auf Aufnahme in das Programm		Aufnahme in das Programm		Bewilligung		Bemerkung
	nachrichtliche Programm	Programme	nachrichtliche Programm	Programme	Antrag auf Bewilligung gestellt	Bewilligung erteilt	
Donauessingen, ZOB (Erweiterung) am Bahnhof und Haltestellen am Rathaus	X						
Villingen-Schwenningen, ZOB Schwenningen mit P+R Plätzen und B+R Anlage	X		X			X	
Neubau 2 BST-Zugänge im Bahnhof Schwenningen/Necker	X		X			X	
Vöhrenbach, Busbahnhof			X				
Streckenerweiterung Wutschaldbahn	X		X			X	